

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgebühr bei Kassa: vierteljährlich 1,20, halbjährlich 2,40, jährlich 4,80, einschließlich 48,7 Postgebühren (ohne Bestellungen außerhalb des Reichsgebietes). Einzelnummern 15 Pf., außerorts 20 Pf.

Druck u. Verlag: Kiepsch & Reichardt, Dresden-N. I., Markstraße 18/12. Fernruf 25241. Postfachkonto 1008 Dresden. Das Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Scheidemanns beim Oberverwaltungsamt Dresden.

Abbestellungspreis: 11. Reichsmark Nr. 4: 11 Reichsmark (1938 mit 100% Aufschlag). Nachdruck nach § 12 des Reichsdruckgesetzes ist ohne schriftliche Genehmigung des Verlegers nicht zulässig. Die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit der Nachrichten überläßt der Redaktion. Unvollständige Adressen werden nicht aufgeführt.

Einzige Tageszeitung Sachsens mit Morgen- und Abendausgabe

Oesterreichischer Heimatschutz aufgelöst

Die österreichische Regierung bleibt wie bisher

Wien, 10. Oktober.

Der Ministerrat, der am Freitag um 17 Uhr zusammengetreten war, um die durch die Spaltungsbewegung im Heimatschutz geschaffene Lage zu prüfen, hat am Sonnabend früh im Beisein des Bundespräsidenten Miklas beschlossen, alle Wehrverbände aufzulösen. Damit hat der Heimatschutz aufgehört zu bestehen.

Dem Ministerrat, der die durch die Spaltungsbewegung im Heimatschutz geschaffene Lage zu prüfen hatte, lag die Forderung Starhembergs vor, die im Mai geschaffene Frontmiliz als einzigen freiwilligen Wehrverband aufzuheben zu lassen. Nach zahlreichen dramatischen Verhandlungen hat die Regierung, wie oben mitgeteilt, alle Wehrverbände aufzulösen beschlossen, nachdem die Versuche, mit Starhemberg zu einer Einigung zu gelangen, gescheitert waren.

Personalveränderungen im Kabinett wurden nicht vorgenommen. Der Unterrichtsminister Dr. Pernter, Finanzminister Dr. Draxler, der Bundeskanzler Kurt Schuschnigg haben demissioniert und wurden vom Bundespräsidenten wiederum mit ihren Kabinetern betraut. Es wird ausdrücklich festgestellt, daß die nunmehr keinerlei Bindungen an irgendwelchen Verbänden mehr haben.

Ferner hat der Ministerrat eine Neuformulierung des Frontmiliz-Gesetzes beschlossen.

Bundeskanzler Dr. Schuschnigg, der ursprünglich schon am Freitagabend abreisen wollte, hat sich um 8 Uhr morgens im Flugzeug zu den Trauerfeierlichkeiten für den ungarischen Minister Gömbös nach Budapest begeben.

Die österreichische Frontmiliz

Wien, 10. Oktober.

Um 9 Uhr vormittags wurde eine amtliche Bekanntmachung ausgedruckt, die wir nachfolgend entnehmen: Der Bundeskanzler verwies darauf, daß die Überführung der Wehrverbände, die seinerzeit als gesetzliche Schutzverbände erklärt wurden, in eine neu zu schaffende Miliz grundsätzlich beschlossen und der Öffentlichkeit bekanntgegeben wurde. Der Bundeskanzler betonte die dringende Notwendigkeit, alle Hemmnisse zu beseitigen, die geeignet sein könnten, jene Entwicklung zu fördern, die durch das Gesetz über die Vaterländische Front (Frontmiliz) angebahnt wurden. In diesem Sinne legte der Bundeskanzler dem Ministerrat einen Gesetzentwurf vor, der die Abänderung einiger Bestimmungen

des Bundesgesetzes über die Vaterländische Front, betreffend die Frontmiliz, zum Gegenstand hat.

Der Ministerrat beschloß, den Wehrverbänden für ihre opferreichen und verdienstvollen Leistungen beim Aufbau des neuen Staates den Dank der Bundesregierung auszusprechen.

Über den Eintritt von Freiwilligen in die Wehrmacht befindet sich auf Seite 2 eine wichtige Bekanntmachung des Reichskriegsministeriums

Er gab zugleich den Erwartung Ausdruck, daß die wehrhaften Mitglieder der Wehrverbände ihre bewährten Kräfte in den Reihen der Frontmiliz auch weiterhin dem Vaterland zur Verfügung stellen. Der Ministerrat beauftragte sodann ein Ministerkomitee

mit der Formulierung ergänzender Bestimmungen für den Aufbau der Frontmiliz und zur Überführung der militärischen Mitglieder der Wehrverbände in die Frontmiliz.

Der Ministerrat ist der Auffassung, daß gemäß dem vom Bundeskanzler vorgelegten Entwurf die nachfolgenden Grundzüge für den Aufbau der Frontmiliz bindend sind: Als wichtiges und notwendiges Element der Landesverteidigung hat die Frontmiliz in allen Fragen der Organisation, Bewaffnung, Ausrüstung und Ausbildung engste Verbindung mit dem Bundesheer zu halten. Die Verwaltungsgeschäfte der Frontmiliz werden vom Bundesministerium für Landesverteidigung geführt. Die Frontmiliz ist berufen, die Tradition der freiwilligen Wehrverbände fortzuführen.

Das Ende Starhembergs und seiner Garde

Trotz der Vorgänge der letzten Zeit bedeutet die Bildung, die die innerpolitische Entwicklung Oesterreichs im Laufe der letzten Nacht genommen hat, eine Überraschung. Sie trägt geradezu historischen Charakter. Der Heimatschutz, der seit einem Jahrzehnt im Vordergrund des politischen Lebens in Oesterreich stand, ist verschwunden. Härt Starhemberg ist ausgeschaltet.

Die Auflösung der Wehrverbände trifft praktisch nur den Heimatschutz. Die Auflösung der ostmärkischen Sturmverbände und des Freiheitsbundes, die beide Dr. Schuschnigg unterstützen, ist politisch bedeutungslos, da sie keine eigenen, sondern die Politik des Bundeskanzlers verfolgen. Überdies sind alle ihre Mitglieder bereits zu der im Mai d. J. gegründeten Miliz der Vaterländischen Front übergetreten.

Die am Sonnabendmorgen zum Abschluß gekommene Entwicklung bahnte sich im Mai d. J. an. Dr. Schuschnigg zwang damals den Härt Starhemberg zum Austritt aus der Regierung und gründete gleichzeitig die freiwillige Miliz der Vaterländischen Front, in die alle Mitglieder der Wehrverbände eintreten konnten. Während die Mitglieder der ostmärkischen Sturmverbände und des Freiheitsbundes diesem Ruf sofort folgten, waren die Heimwehren zerschlagen, ihre Organisationen nicht preisgegeben. Es bestand also neben der Miliz der Vaterländischen Front, die nach dem Wunsch Schuschniggs die einzige Wehrorganisation bilden sollte, noch der Heimatschutz, der unter Führung des Härt Starhemberg zum mindesten eine eigene, persönliche Politik verfolgen sollte. Diese Lage drängte zur Klärung. Man glaubte im Inneren der österreichischen Regierung den Augenblick für gekommen, als sich in der Heimwehr Spaltungsbewegungen zeigten. Die Verhandlungen, die ablaufend mit dem Ministerrat während der vergangenen Nacht mit Starhemberg geführt wurden, scheiterten endgültig. Starhemberg betrat seine Minister daraufhin aus dem Kabinett. Zu dieser Stunde sah man daran, aus ein Milizgesetz

zu schaffen, das praktisch aber noch nicht formell den Heimatschutz beseitigt hätte. Schuschnigg entschloß sich aber im Laufe der weiteren Stunden, den Weg am Ende zu gehen und die Wehrverbände aufzulösen. Schließlich gelang es ihm auch, die Heimatschutzminister Vaar-Barenfels und Dr. Draxler von der Notwendigkeit der Zusammenfassung der Kräfte zu überzeugen. Diese sahen sich von Starhemberg los. Freilich bleibt zu bedenken, daß die Regierungsbasis abermals schmaler geworden ist.

Da gewisse Befürchtungen wegen etwaiger Heimwehren zu ruhigen bestehen, hat die Exekutive — Polizei, Gendarmerie und Heer — höchste Bereitschaft angedeutet. Genaue Einzelheiten über die neue Frontmiliz sind noch nicht bekannt. Eine unmittelbare Überführung der Heimatschutzmitglieder in die Frontmiliz ist daher noch nicht spruchreif.

Deutscher Luftattaché in Paris

Berlin, 10. Oktober.

Mit dem 1. Oktober hat Deutschland die dritte Stelle eines unabhängigen Luftattachés im Ausland geschaffen. Als solcher wurde der deutsche Botschaft in Paris der Oberst der Luftwaffe Freyher v. Freudenberg zugeteilt. Die beiden anderen bisher ernannten Luftattachés befinden sich bei den Botschaften in London und Rom.

Wieder Berrechnungsverkehr mit der Schweiz

Berlin, 10. Oktober.

Der Berrechnungsverkehr mit der Schweiz, der seit dem 28. September 1936 eingestellt war, wird heute wieder aufgenommen. Die Unterbrechung erfolgt zu den neuen Tageskursen, die sich aus der schweizerischen Währungsanpassung ergeben. Ueber die durch die schweizerischen Währungsmaßnahmen notwendig werdenden Änderungen des deutsch-schweizerischen Berrechnungsabkommens sind zur Zeit Verhandlungen im Gange.

Bolschewistendämmerung

Die Sowjetdiplomatie hat einen schweren Stoß gelitten! Das ist wohl der allgemeine Eindruck nach dem Verlauf der Sitzung des Nichteinmischungsausschusses in London. Doch ehe die Staatsmänner das Wort nahmen, hätte sich Moskauer außenpolitischer Beauftragter Litwinow in Kürze in London überzeugen können, daß die Völker Europas noch lange nicht soweit sind, sich für Interesse des Kommunismus in ein allgemeines Unheil stürzen zu lassen. Die Pressestimmen aus London und sogar aus Frankreich haben es deutlich gezeigt, daß man überall sofort begriffen hat, was Sowjetrußland mit seiner Drohung bezweckte, aktiv zugunsten der Madrider Vorkriegsregierung einzugreifen, wenn die anderen Staaten sich nicht in eine Front gegen die angeklagten Länder Deutschland, Italien und Portugal führen ließen. Man weiß heute überall, daß es schlecht um die Sache der Schillinge Moskauer in Madrid steht. Sie sind verloren, wenn ihnen nicht Hilfe in allergrößtem Ausmaß von Sowjetrußland zufließt. Damit hätte aber auch die Sache der Bolschewisierung Europas, an der man in Moskau so verbissen und mit einigen tatsächlichen Erfolgen arbeitete, einen nicht wieder gutzumachenden Schlag erlitten. Und im Augenblick weiß man, so gut wie bei uns, daß sich in Spanien heute das Schicksal des ganzen westeuropäischen Kommunismus entscheidet. Das menschliche Spiel des Sowjetstaates in Genf und die raffinierte Taktik der Volksfronten in den demokratischen Ländern, das alles ist in dem Augenblick umsonst gewesen, in dem der Kommunismus in Spanien von der Bildfläche verschwindet.

Aber Moskau hat mit zu vielen Wällen jongliert und läuft nun Gefahr, nachdem ihm eine Kugel entfallen ist, auch alle anderen zu verlieren. Als Litwinow-Finkelschein vor zwei Jahren an die Pforten des Völkerbundes anklopfte und dort seine Friedensschwüre ablegte, da herrschte etwelche Freude an den blauen Gestirnen des Donners. Man glaubte blind an die innere Wandlung des Sowjetstaates; denn über einen Sünder, der Buße tut, ist immer mehr Freude, denn über tausend Gerechte. Was ist heute von diesem frühen Jubel geblieben? Frankreichs Bündnis mit den Sowjets, das immer mehr Franzosen mit wachsendem Unbehagen betrachtet, eine ungehemmte und heftige Kation der Dritten Internationale und fortgesetzte Unruhen in allen Ländern, die auf den Gesinnungswandel Moskaus allzu vertrauensselig bauten. Wie gerne hätten auch die Engländer an ein friedliches Sowjetrußland geglaubt! Sie haben sich ja oft eine geradezu rührende Nähe gegeben, anderen Völkern auszuweisen, daß das letzte Ziel Moskauer der weltrevolutionäre Umsturz in allen Staaten der Welt sei. Noch heute erinnert ein Untergrundbahnhof in Moskau, der des englischen Außenministers Namen trägt, an jene Zeiten. Und vollends von Frankreichs Täuschungen und ihren ersten inneren Folgen zu reden, das Meiste wirklich Wasser ins Meer tragen. Um so erfreulicher, daß man in England, aber auch in Frankreich, leicht zu erkennen beginnt, daß Moskau, das einst in Genf so brave Friedensbeteuerungen von sich gab, in Wirklichkeit der Streifen einer europäischen Verhandlung ist. Der Londoner Blätterwald bestätigt es heute den Sowjets fast einmütig, daß sie provozieren und zerstören wollen, daß sie einen allgemeinen Konflikt erstreben, daß sie nur aus Propagandagründen nach Genf gekommen seien und daß sie unglauwürdig, unlauter, ja beispiellos frech seien. Wir Deutschen haben das wahre Gesicht Moskauer schon immer so gesehen. Um so erfreulicher ist es, wenn man sich in England ebenfalls zur gleichen Ansicht unverblümt bekennt. Und auch in Frankreich sind die Stimmen gewachsen, die das gleiche erkannt haben. Zwar gibt es auch heute noch genug Blätter der Volksfront, die dem Verbündeten selbst in dieser Lage noch die Stange halten möchten, aber ihre Sprache ist leiser geworden. Sie hat an Überzeugungskraft eingebüßt. Dafür klingt die Festhaltung der anderen um so kraftvoller, daß Moskau Frankreich mißbrauchen wolle und daß keine Macht der Welt mehr das rote Madrid retten könne. Und schließlich weiß man auch in Frankreich, daß man gegenüber einem neuen Spanien allerlei wieder gut zu machen hat.

Aber es sind nicht nur die plumpen Drohungen Sowjetrußlands gewesen, die in Westeuropa manchem die Augen

Heute Beilage:

Unsere Wehrmacht

Dant
lastes